

**Besprechung der Bund/Länder-Arbeitsgruppen I und II  
der Personenstandsreferenten  
von Bund und Ländern  
am 11. September 2017  
– Vorbereitung –**

**TOP 2 Personenstandsrechtliche Umsetzung des Gesetzes zur Einführung des  
Rechts auf Eheschließung für Personen des gleichen Geschlechts**

**TOP 2.1 Rechtliche Qualifikation und Nachbeurkundung von im Ausland begründeten  
Lebenspartnerschaften / geschlossenen gleichgeschlechtlichen Ehen vor und nach  
Inkrafttreten des Gesetzes**

Vorbemerkung: Eine im Ausland begründete LPart unterliegt - unabhängig vom Tag der Begründung - den Sachvorschriften des registerführenden ausländischen Staates (Artikel 17b Absatz 1 Satz 1 EGBGB). Sie kann daher im Inland nicht durch Abgabe einer Erklärung nach § 20a LPartG durch die Lebenspartner in eine Ehe umgewandelt und im Eheregister beurkundet werden. Dies gilt auch, wenn das berufene ausländische Sachrecht eine dem deutschen Recht vergleichbare Umwandlung kennt. Die Umwandlung müsste nach ausländischem Recht erfolgen. Die Lebenspartner können jedoch im Inland die Ehe schließen, ohne dass die LPart vorher aufgelöst wird.

Es sind folgende Konstellationen zu unterscheiden:

1. Vor dem 1. Oktober 2017 im Ausland begründete Lebenspartnerschaft, die nach § 35 PStG in einem inländischen Lebenspartnerschaftsregister nachbeurkundet worden ist.

Der inländische Lebenspartnerschaftseintrag wird fortgeführt, Umwandlung in Ehe nicht möglich, aber Eheschließung ohne vorherige Auflösung der LPart.

2. Vor dem 1. Oktober 2017 im Ausland begründete Lebenspartnerschaft, die bislang nicht nach § 35 PStG in einem inländischen Lebenspartnerschaftsregister nachbeurkundet worden ist.

§ 35 PStG gilt fort, so dass die im Ausland begründete LPart im Inland als solche fortgeführt und im inländischen Lebenspartnerschaftsregister nachbeurkundet werden kann. Anschließende Umwandlung in Ehe nach § 20a LPartG ist nicht möglich, aber Eheschließung ohne vorherige Auflösung (auch ohne Nachbeurkundung) der LPart.

3. Nach dem 30. September 2017 im Ausland begründete Lebenspartnerschaft

§ 35 PStG gilt fort, so dass die im Ausland begründete LPart im Inland als solche fortgeführt und im inländischen Lebenspartnerschaftsregister nachbeurkundet werden kann. Anschließende Umwandlung in Ehe nach § 20a LPartG ist nicht möglich, aber Eheschließung ohne vorherige Auflösung (auch ohne Nachbeurkundung) der LPart.

Aus international-privatrechtlicher Sicht erscheint es auf Dauer sinnvoll, die Möglichkeit der Nachbeurkundung weiterhin beizubehalten, da auch zukünftig Lebenspartnerschaften im Ausland geschlossen werden können und die Lebenspartner ein berechtigtes Interesse an der Nachbeurkundung im Inland haben können. Diese Frage wird zu gegebener Zeit entschieden.

4. Vor dem 1. Oktober 2017 im Ausland geschlossene gleichgeschlechtliche Ehe, die nach § 35 PStG in einem inländischen Lebenspartnerschaftsregister nachbeurkundet worden ist.

Die gleichgeschlechtliche Ehe ist im Ausland zu einem Zeitpunkt geschlossen worden, zu dem sie im Inland als LPart qualifiziert wurde, deren Wirkungen nach der Kappingsregelung in Artikel 17b Absatz 4 EGBGB-alt auf die einer deutschen LPart beschränkt war. Wie sich aus dem Eheöffnungsgesetz und dessen Begründung ergibt, entfällt die Kappungsgrenze nach Artikel 17b Absatz 4 EGBGB-alt „rückwirkend“, so dass die gleichgeschlechtliche Ehe von Anfang an ihre vollen Wirkungen gemäß dem ausländischen Recht entfaltet. Hierbei wird auch hingenommen, dass mit der „Rückwirkung“ gleichgeschlechtliche Ehen entstehen, die vor Inkrafttreten des LPartG (1. August 2001) geschlossen worden sind. Die Ehe kann auf Antrag beider Ehegatten im Eheregister nachbeurkundet werden. Das Standesamt, das die Ehe nachbeurkundet, teilt dies dem Standesamt mit, das den Lebenspartnerschaftseintrag führt; dieser wird aufgrund der Mitteilung, die eine Folgebeurkundung auslöst, gegenstandslos.

Soweit die Ehegatten bei Wohnsitz im Inland auf Grund ihrer im Ausland geschlossenen Ehe im Melderegister oder auch bei anderen Stellen (z.B. Finanzamt, Krankenkasse) als „Lebenspartner“ geführt wurden, macht die rückwirkende Geltung der im Ausland geschlossenen gleichgeschlechtlichen Ehe diese Eintragungen unrichtig; eine Korrektur müsste von den Ehegatten selbst herbeigeführt werden.

5. Vor dem 1. Oktober 2017 im Ausland geschlossene gleichgeschlechtliche Ehe, die bislang nicht nach § 35 PStG in einem inländischen Lebenspartnerschaftsregister nachbeurkundet worden ist

Die im Ausland geschlossene Ehe wird durch die gesetzliche Neuregelung rückwirkend nicht mehr durch die Kappingsregelung nach Artikel 17b Absatz 4 EGBGB-alt beschränkt und kann auf Antrag beider Ehegatten nachträglich im Eheregister beurkundet werden. Im Übrigen gelten die Anmerkungen zu 4.

6. Nach dem 30. September 2017 im Ausland geschlossene gleichgeschlechtliche Ehe

Die Ehe wird auch im Inland als solche anerkannt und kann im Eheregister nachträglich beurkundet werden.

**TOP 2.2 Prüfung der Ehevoraussetzungen nach Artikel 13 Absatz 1 EGBGB (vgl. Anpassung von § 1309 BGB) oder nach Artikel 17b Absatz 4 i.V.m. Absatz 1 Satz 1 EGBGB bei gleichgeschlechtlicher Eheschließung oder Umwandlung einer bereits bestehenden Lebenspartnerschaft**

Nach Artikel 17b Absatz 4 EGBGB-neu ist die gleichgeschlechtliche Ehe hinsichtlich des anwendbaren Rechts in zentralen Regelungsbereichen wie eine Eingetragene Lebenspartnerschaft zu behandeln mit der Folge, dass die eherechtlichen Kollisionsnormen jedenfalls in den Artikeln 13 ff. EGBGB für die gleichgeschlechtliche Ehe nicht gelten. Nach der Neuregelung unterliegt die Begründung der gleichgeschlechtlichen Ehe dem Recht des

Register führenden Staates (Artikel 17b Absatz 4 i.V.m. Absatz 1 EGBGB). Bei der Schließung einer gleichgeschlechtlichen Ehe in Deutschland gilt somit stets deutsches Recht – unabhängig von der Staatsangehörigkeit der Betroffenen.

Demgegenüber sieht § 1309 Absatz 3 BGB-neu vor, dass § 1309 Absatz 1 BGB (Pflicht zur Vorlage eines Eheschließungszeugnisses bei Eheschließungen in Deutschland) nicht für Personen gilt, die eine gleichgeschlechtliche Ehe eingehen wollen und deren Heimatstaat die Eingehung einer gleichgeschlechtlichen Ehe nicht vorsieht. Die Pflicht zur Vorlage eines Eheschließungszeugnisses nach dem unverändert gültigen § 1309 Absatz 1 BGB ist jedoch nur für den Fall vorgesehen, dass ausländisches Eheschließungsrecht zur Anwendung gelangt. § 1309 Absatz 3 BGB-neu hat vor diesem Hintergrund bei gleichgeschlechtlichen Ehen keinen Anwendungsbereich.

Um unterschiedliche Einschätzungen des Zusammenspiels dieser Vorschriften in der Praxis zu vermeiden, hat BMI die Standesämter mit Rundschreiben vom 23. August 2017 darauf hingewiesen, dass bei der Schließung einer gleichgeschlechtlichen Ehe in Deutschland gemäß Artikel 17b Absatz 4-neu i.V.m. Absatz 1 EGBGB stets deutsches Eheschließungsrecht anzuwenden und dementsprechend bei der gleichgeschlechtlichen Eheschließung kein Eheschließungszeugnis zu verlangen ist, auch wenn einer oder beide Eheschließenden nicht deutsche Staatsangehörige sind.

### **TOP 2.3 Neubewertung der §§ 39 und 39a PStG (EFZ, Bescheinigung Begründung LPart.)**

Das nach § 39 PStG für Eheschließungen im Ausland zu erteilende Eheschließungszeugnis kann zukünftig auch für gleichgeschlechtliche Eheschließungen im Ausland erteilt werden. Eine im Ausland zu schließende gleichgeschlechtliche Ehe unterliegt - ebenso wie die Begründung einer (gleichgeschlechtlichen) Partnerschaft im Ausland - zwar den Sachvorschriften des Register führenden Staates (Artikel 17b Absatz 4-neu i.V.m. Absatz 1 EGBGB), gleichwohl steht dem nicht entgegen, die Prüfung der Eheschließungsfähigkeit nach den deutschen Sachvorschriften durchzuführen und das Eheschließungszeugnis nach § 39 PStG zu erteilen.

Hinsichtlich der Ausstellung der Bescheinigung nach § 39a PStG für eine im Ausland zu begründete Lebenspartnerschaft ist zu bedenken, dass im Inland ab 1. Oktober 2017 keine neue Lebenspartnerschaft mehr begründet werden kann (Artikel 3 Absatz 3 des Gesetzes zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts). Die Begründung einer Lebenspartnerschaft im Ausland ist allerdings in einigen Ländern weiterhin möglich. Hierfür kann auch zukünftig eine Bescheinigung nach § 39a PStG ausgestellt werden.

### **TOP 2.4 Geltung der EheVO-EG (Brüssel IIa) und der Rom III-VO für gleichgeschlechtliche Ehen**

In der EuEheVO (Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 des Rates vom 27. November 2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000 - ABl. Nr. L 338 S. 1 -; sog Brüssel-IIa-VO) wird im Wesentlichen die gerichtliche Zuständigkeit für Entscheidungen über die Auflösung einer Ehe und die elterliche Verantwortung sowie die Anerkennung und Vollstreckung dieser Entscheidungen geregelt.

Die Verordnung (EU) Nr. 1259/2010 des Rates vom 20. Dezember 2010 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich des auf die Ehescheidung und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes anzuwendenden Rechts - ABl. Nr. L 343 S. 10 -; sog.

Rom III-VO) gilt für die Ehescheidung und die Trennung ohne Auflösung des Ehebandes in Fällen, die eine Verbindung zum Recht verschiedener Staaten aufweisen.

Es ist bislang nicht geklärt, inwieweit die genannten Verordnungen auch auf gleichgeschlechtliche Ehen anwendbar sind. Es ist nicht damit zu rechnen, dass der europäische Gesetzgeber diese Frage in absehbarer Zeit ausdrücklich regelt. Daher bleibt eine abschließende Klärung dem EuGH vorbehalten.

## **TOP 2.5 Geltung von § 1353 Absatz 1 Satz 1 BGB -neu- für Personen ohne Geschlechtseintrag**

Die Neufassung von § 1353 Absatz 1 Satz 1 BGB lautet „Die Ehe wird von zwei Personen verschiedenen oder gleichen Geschlechts auf Lebenszeit geschlossen.“ Diese Regelung könnte zu der Annahme führen, dass Personen ohne Geschlechtseintrag im Geburtenregister (§ 22 Absatz 3 PStG) weiterhin von der Ehe ausgeschlossen bleiben. Hierfür sprechen der Gesetzeswortlaut und die fehlenden Ausführungen hierzu in der Gesetzesbegründung. Denkbar wäre allerdings auch eine verfassungskonforme Auslegung der Vorschrift nach Maßgabe von Artikel 3 GG dahin, dass ein fehlender Geschlechtseintrag kein Ehehindernis sein darf. Insoweit wären auch Personen ohne Geschlechtseintrag nicht gehindert, die Ehe mit einer Person - unabhängig vom Geschlecht - einzugehen.

## **TOP 2.6 Vorrangiger Änderungsbedarf in der PStV**

### **TOP 2.6.1 Inhalt des Sterbeeintrags bei gleichgeschlechtlicher Ehe der verstorbenen Person**

und

### **TOP 2.6.2 Gestaltung der Leittexte / Datenfelder bei gleichgeschlechtlichen Ehen im Eheregister**

Die derzeit in den Personenstandsregistern und -urkunden geschlechtsspezifisch verwendeten Leittexte („Vater“ und „Mutter“ oder „Ehemann“ und „Ehefrau“) führten bereits in der Vergangenheit in Einzelfällen zu unzutreffenden und irreführenden Beurkundungen, weil das Familienrecht zahlreiche Konstellationen zuließ, die mit den vorhandenen Beurkundungsmöglichkeiten nicht mehr umzusetzen waren (u.a. gleichgeschlechtliche Ehen durch den Geschlechtswechsel eines Ehegatten, Adoption eines Kindes durch die Lebenspartnerin der Mutter, Anerkennung ausländischer Entscheidungen für den deutschen Rechtsbereich zu Registereintragungen gleichgeschlechtlicher Eltern). Dieses Problem wirkt sich mit dem Gesetz zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts nunmehr auf eine Vielzahl von Fällen aus.

Hierfür bedarf es einer Änderung der in den Personenstandsregistern zu verwendenden Datenfelder (Anlage 1 zur PStV). Da die derzeit im Register verwendete Datenstruktur feststehend ist und ohne Datenmigration aller elektronisch erfassten Personenstandseinträge in Deutschland nur durch zusätzliche (Hilfs-)Datenfelder verändert werden kann, verbleibt es für die bereits beurkundeten Registereinträge bei den bisher verwendeten Leittexten. Die neuen Leittexte sollten folgende Voraussetzungen erfüllen:

- Zukunftsoffenheit, d.h. neue Entwicklungen im Familien- und Abstammungsrecht sollten problemlos integriert werden können;
- Benutzerakzeptanz, d.h. hinsichtlich ihrer Bezeichnungen werden die Leittexte sowohl von verschiedengeschlechtlichen als auch von gleichgeschlechtlichen Eltern und Ehegatten als diskriminierungsfrei und richtig angesehen;
- Datenkonsistenz, d.h. mit Blick auf die langen Fortführungsfristen der Personenstandsregister müssen die Leittextvorgaben programmtechnisch fehlerfrei über viele Jahre funktionieren.

Hierfür könnten folgende Lösungsmöglichkeiten in Betracht kommen:

Variante A: Automatisierte Verknüpfung der Leittexte mit dem Geschlechtseintrag

Eine automatisierte Zuordnung der richtigen Leittexte für gleichgeschlechtliche Ehegatten oder Eltern kann nur unter erheblichem Programmieraufwand realisiert werden. Wenn die Entscheidung, ob der Ehegatte als Ehemann oder Ehefrau bezeichnet werden muss, davon abhängig sein soll, welches Geschlecht für die Person im Eheregister eingetragen ist, sind hierfür mehrere Zirkelbezüge zu programmieren, die u.a. einen Geschlechtswechsel oder einen fehlenden Geschlechtseintrag von trans- und intersexuellen Personen berücksichtigen müssen. Diese Programmierungen müssten wiederum von allen korrespondierenden Personenstandsregistern und Datenaustauschverfahren nachvollzogen werden, so dass diese Lösung bei einer Fortführungsdauer der Personenstandsregister von bis zu 110 Jahren auf lange Sicht nicht fehlerfrei funktionieren dürfte. Diese Lösung ist im Übrigen nicht zukunftsorientiert, da möglicherweise demnächst zusätzliche Geschlechtsbezeichnungen beurkundet werden müssen.

Variante B: Neutralisierung der Leittexte durch geschlechtsneutrale Bezeichnungen

Diese Variante besteht darin, statt „Vater“ und „Mutter“ die Leittexte „Elternteil 1“ und „Elternteil 2“ sowie statt „Ehemann“ und „Ehefrau“ die Leittexte „Ehegatte 1“ und „Ehegatte 2“ zu verwenden. Dies hätte allerdings den Nachteil, dass die bereits bisher beurkundeten Personenstandsfälle wegen der Unveränderbarkeit der Beurkundungen (§ 9 Absatz 1 PStV) nach wie vor die bisher verwendeten Leittexte (im Eheregister „Ehemann“ und „Ehefrau“) enthalten, aber gleichwohl bei zukünftig anzubringenden Hinweisen und Folgebeurkundungen im Registerausdruck die neuen Leittexte dargestellt werden würden. In diesem Fall wäre es für den Benutzer unklar, ob mit dem neuen Leittext „Ehegatte 1“ in einem Hinweis der Ehemann oder die Ehefrau gemeint ist. Diese Lösung dürfte im Übrigen wenig Akzeptanz bei den Betroffenen finden, weil auf lange Sicht keine Gleichbehandlung von bereits beurkundeten und neuen Personenstandsfällen einerseits und bei verschiedenen und gleichgeschlechtlichen Eltern und Ehegatten andererseits stattfindet.

Variante C: Neutralisierung durch Verzicht auf Leittexte

Diese Lösung zeichnet sich dadurch aus, dass erläuternde Leittexte zu den betroffenen Personen in den Personenstandsregistern entfallen und diese allein durch die Namens- und Geschlechtsangabe zugeordnet werden können. Dadurch kann auf zukünftige Entwicklungen im Familien- und Abstammungsrecht ohne Änderung der Personenbezeichnung flexibel reagiert werden. Allerdings ist auch der Verzicht auf erläuternde Leittexte im Geburten- und Eheregister, wie er zu Zeiten der fließtextgestützten Beurkundungen bis Ende 2008 noch üblich war, nicht problemfrei, weil auch hier bei zukünftig anzubringenden Hinweisen und Folgebeurkundungen im Registerausdruck und auch in der Ehe- und Lebenspartnerschaftsurkunde eine Unterscheidung (Ehegatte 1 oder Ehegatte 2) erforderlich ist, um zu erkennen, auf welchen der genannten Elternteile, Ehegatten oder Lebenspartner sich der Hinweis oder die Folgebeurkundung bezieht. (Zu dieser Variante wird der Verlag für Standesamtswesen in der Besprechung nähere Erläuterungen geben.)

Variante D: Neutralisierung durch Verwendung einer Nummernfolge

Diese Lösung sieht vor, die Leittexte einerseits neutral zu gestalten, andererseits eine Entkoppelung von zu verwendenden statischen Leittexten vorzunehmen. Dies wird durch eine feststehende Nummernzuordnung zu den beteiligten Personen in einem Personenstandseintrag erreicht, auf die in den Hinweisen und Folgebeurkundungen referenziert wird. Zu jeder feststehenden Nummer wird sodann die individuelle Bezeichnung des Verwandtschaftsverhältnisses je nach Einzelfall im Personenstandsregister in einem ausfüllbaren Datenfeld hinzugespeichert. Dadurch ist es möglich, sowohl die bisherigen Leittexte weiter zu führen als auch abweichende Bezeichnungen, z.B. „Ehemann“ und „Ehemann“ bei gleichgeschlechtlicher Ehe, darzustellen. Daneben kann u.a. bei einem Wechsel der Geschlechtszugehörigkeit unproblematisch der korrekte neue Leittext beurkundet werden, ohne dass es - wie bisher - zu einer irregulären Datenverknüpfung

kommt, weil beide Ehegatten die gleiche Bezeichnung führen. Perspektivisch lässt es das Verfahren im Übrigen zu, dass zukünftig auch bisher nicht verwendete Leittexte (z.B. „Mit-Mutter“) relativ problemlos implementiert werden könnten. Von Vorteil dürfte bei dieser Variante deshalb die zu erwartende hohe Akzeptanz bei den Betroffenen sein, weil der Leittext ihren Ansprüchen auf Richtigkeit und Gleichbehandlung Rechnung trägt. Nachteil dieser Lösung ist ein zunächst etwas höherer Umstellungsbedarf der elektronischen Fach- und Registerverfahren. Gleichwohl dürfte durch eine geringfügige Änderung des Fachverfahrens bei der Erstellung des PDF-basierten Registerausdrucks an die Leittextgestaltung der Alteinträge) diese Variante auch abwärtskompatibel sein, d.h. es müssen nicht zwei parallele Fachverfahrenslösungen jeweils für das Geburten- und Eheregister über lange Zeit unterhalten und gepflegt werden.

### **TOP 2.6.3 Änderung der PStV**

Der beigefügte Vor-Entwurf einer Änderungsverordnung zur PStV berücksichtigt die unter TOP 2.6.2 erläuterte Variante D in der Datenfeldliste (Anlage 1 der PStV) und die entsprechenden Änderungen der in den Anlagen 2 bis 10 dargestellten Formulare für die Visualisierung der Auszüge aus den Personenstandsregistern, die Personenstandsurkunden und die Niederschrift über die Eheschließung.

### **TOP 3 Verschiedenes**